DIE LUPE

DIE LINKE.
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
JULI/AUGUST 2009

Iran, wohin?

Erschreckende Bilder erreichen uns aus dem Iran. Offenbar sind große Anteile, insbesondere der jungen städtischen Bevölkerung, keineswegs glücklich über den „Sieg“ Ahmadineshads. Sicher kann auch kein Linker ihn wirklich lieben. Aber vorsehen sollte man sich vor falschen Allianzen.

Wenn Angela Merkel sich wie die Kanzlerin Irans gebärdet und offenbar Demonstrationen dort liebt und hier am Zaun des Tempelhofer Feldes hasst, dann muss man klar sagen: wir stehen nicht mit ihr zusammen in der Sicht auf die furchtbaren Dinge dort.

Wir hatten Gelegenheit, ein kurzes Interview mit unserem aus dem Iran stammenden Genossen Hassan zu machen.

LUPE: *Hassan, wie siehst Du den Kandidaten Hossein Mussawi?*

Hassan: Mussawi ist ein Teil des Regimes! Unter seiner Regierung (als Premierminister) ist mein Bruder im Alter von 19 Jahren am 20. Juni 1981 im Iran hingerichtet worden. Übrigens werden über 70% des iranischen Außenhandels, auch militärische Aufrüstung, mit Deutschland abgewickelt. Als ich vor sechs Jahren im Iran war, dachte ich beim Anblick der Polizeiautos, ich sei in Hamburg oder Berlin, sogar die Aufschrift war Deutsch.

LUPE: *Glaubst Du, dass der „Ausgang“ der Wahlen entscheidend von Wahlfälschungen beeinflusst wurde, oder sind vielleicht doch erhebliche Teile gerade der ländlichen Bevölkerung noch von der Rhetorik des Amtsinhabers vereinnahmt?*

Hassan: Das eine schließt das andere nicht aus, aber es ist Aufgabe der Linken auch im Iran, unabhängig von dieser Frage, wachsam zu bleiben und nun auch den günstigen Moment zu Mobilisierung zu nutzen. Im Übrigen: die Regierungsform im Iran ist dem Namen nach eine Republik, de facto aber eine Monarchie, weil laut Verfassung der Imam, der nicht vom Volk gewählt, sondern vom Rat der Ajatollahs eingesetzt wird, derzeit Khamenei, die ganze Macht über alle drei Staatsgewalten hat und sie außer Kraft setzen kann, ohne Begründung oder Rechenschaft darüber abzulegen.

LUPE: *Was glaubst Du, was dem fortschrittlichen Widerstand gegen das klerikal-konservative Regime am meisten nützen würde? Ist Unterstützung aus westlichen Gesellschaften für die Protestierenden überhaupt nützlich oder wird das Regime nicht jede Kritik aus dem Westen instrumentalisieren und sie so kontraproduktiv machen?*

Hassan: Unterstützung wirkt unabhängig von der volksverhetzerischen Darstellung der Führung des Regimes. Das Volk fühlt sich nicht allein. Die Wirkung des Drucks in der Weltöffentlichkeit ist nicht klein zu reden. Die internationale Solidarität hat sich auch in der Vergangenheit bewährt. Aber es ist wichtig, es muss ein linkes Bündnis im Iran geben, mit klarem Programm und Unterstützung der Linken im Ausland.

LUPE: *Danke für dieses Gespräch.*

Solidarität ist Herzenssache!

Gegenwärtig werden in der ehemaligen Marienfelder Aufnahmestelle für Aussiedler neben Russlanddeutschen auch Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen. Die Lupe hat in ihrer letzten Ausgabe über wenig freundliche Reaktionen von Anwohnern und über dumpfe Hetze seitens der NPD berichtet.

Wir wollen gegen diese Stimmungsmache Zeichen setzen und die ankommenden Familien mit ganz praktischer Solidarität willkommen heißen! Unlängst trafen Mitglieder des Arbeitskreises Flüchtlings- und Migrationspolitik der Linken in Tempelhof-Schöneberg mit dem irakischen Kulturverein „Al Rafedaim“ zusammen. Gegenwärtig sind neun Familien in Marienfelde angekommen, berichtet uns der Vorsitzende des Vereins, Nassir Alsamawi.

Bundesregierung schlecht vorbereitet

Obwohl die Aufnahme der Menschen entsprechend eines EU-Abkommens zu erfolgen hat, zeigt sich die Bundesregierung schlecht vorbereitet. Einzelne Familien werden in Städte, wie Halle/Saale in Sachsen-Anhalt untergebracht, wo es keine der Sprache und Kultur kundigen Ansprechpartner gibt. Viele der bundesweit verstreut untergebrachten Flüchtlinge wenden sich an den Kulturverein mit elementaren Fragen und Problemen des Alltags. So werden z.B. einer Frau mit fünf Kindern in einer Flüchtlingsunterkunft in Halle für ein(!) Zimmer 240,- € abgeknöpft. So darf Integration von zumeist traumatisierten Menschen nicht aussehen, waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens einig.

Wohnungen und Ferienbetreuung

Aber auch in Berlin gibt es trotz besserer Bedingungen noch viel zu tun: Noch ist für die Kinder bis zur Einschulung in der Kiepert-Schule keine Betreuung in den Schulferien organisiert. Bisher konnte der Verein nur einer Familie erfolgreich eine Wohnung vermitteln. Seit 01. Juli hat das Landesamt für Gesundheit und Soziales einen Sozialarbeiter vor Ort für diese Aufgabe abgestellt. Bleibt zu wünschen, dass den Familien zügig Wohnungen vermittelt werden können. Mitglieder unseres Arbeitskreises wissen aus eigener Erfahrung in der Arbeit mit Aussiedlern, dass sich Wohnungsverwaltungen in letzter Zeit unter teils fadenscheinigen Begründungen sträuben, Zuwanderern eine Wohnung zu vermieten. Wer also in seiner Nachbarschaft freie Wohnungen kennt, Kontakte zu Vermietern herstellen kann, an freundlichen Begegnungen mit unseren neuen MitbürgerInnen interessiert ist, oder bei der Ferienbetreuung der Kinder mithelfen kann, melde sich bitte in unserer Geschäftsstelle „Rote Insel“, Feurigstr. 67/68, tel. 030-21997140 oder unter Handy 01793947803 .

Carsten Schulz

Ist Bildung wirklich ein Thema?

Im Juni sind bundesweit fast 250.000 SchülerInnen und StudentInnen für eine bessere Bildung auf die Straße gegangen. Der „Bildungsstreik 2009“ dauerte fünf Tage.

Die Proteste der jungen Menschen richteten sich gegen die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master, gegen die soziale Auslese, Studiengebühren und die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur sowie das mehrgliedrige Schulsystem. Zudem forderten sie mehr LehrerInnen und kleinere Klassen sowie mehr Demokratie an Schulen.

Die Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) kritisierte die Proteste und bezeichnete sie als „gestrig“ und den Bologna-Prozess als alternativlos.

Doch, es gibt eine Alternative: Deutschland braucht eine grundlegende gerechte Bildungsreform. Denn das Recht auf Bildung muss endlich für alle durchgesetzt werden. Und es darf nicht länger zu Gunsten einer bestimmten Elite selektiert werden.

Die Linke hat die Proteste der StudentInnen und der SchülerInnen unterstützt. Bildung ist ein Menschenrecht, welches in Deutschland nicht für alle gilt. Bildungschancen der jungen Menschen hängt von dem Geldbeutel der Eltern ab. Diese Erkenntnis wurde auch durch die internationalen Untersuchungen mehrfach belegt. Noch immer ist es für sehr viele Kinder „einfacher Leute“, schwieriger Abitur zu machen und zu studieren. Nur 16 Prozent der StudentInnen stammen aus Arbeiterfamilien. Lange wurden sämtliche Bildungsforderungen mit dem Argument der leeren Kassen zurückgewiesen. Plötzlich aber konnten Milliarden für die Rettung maroder Banken flüssig gemacht werden.

Figen Izgin

Lupe09-07-6.indd 1 06.07.2009 08:04:36

BVV-News

Hapel gesteht: Schulschließungen waren nicht rechtmäßig!

Bisherige Rechtsauffassung des Bezirksamts war, dass die Schließung/Aufhebung einer Schule lediglich durch Beschluss des Bezirksamts und Genehmigung der Senatsverwaltung vollzogen werden darf. Bei der letzten Entscheidung - zur Grundschule im Taunusviertel - kam nun heraus, dass eigentlich ein BVV-Beschluss dazu notwendig gewesen wäre. Angeblich hat das unrechtmäßige Vorgehen keine aufhebende Wirkung. Das wird die Schulgemeinde sicher rechtlich prüfen lassen!

Bei einer Abstimmung in der BVV wäre spannend, wie sich dann die SPD verhält, die zuletzt Zweifel an der Schließung der Schule im Taunusviertel geäußert hat.

Bezirksamt und BVV zurückhaltend gegenüber Tempelhofer Feld

Die Initiativlosigkeit ist langsam peinlich. So fanden es SPD+CDU-Zählgemeinschaft noch nicht mal nötig, sich im Mai zum Antrag „Endlich draußen Grillen“ (Drs 1027 von FDP+DIE LINKE) überhaupt zu äußern. Öffentliches Grillen hat das Bezirksamt bisher abgelehnt, weil es keine geeigneten Plätze in den Parks des Bezirks gäbe. Auch auf dem Tempelhofer Feld möchte das die Bezirksamts-Mehrheit wohl verhindern?

Aber auch der übrige Diskurs um die Nachnutzung scheint am Bezirk vorbeizugehen. Was bei dieser Leidenschaftslosigkeit rauskommt hat der Juni gezeigt: Einen Bürgerentscheid, in dem sich zwei Drittel der Abstimmenden (teilweise in Unkenntnis, vermute ich) dafür entschieden haben, dass aus dem gesamten Gelände nichts anderes als ein Flughafen-Denkmal wird. Und dann ein (etwas großmäuliger) Besetzungsaufruf des Geländes, der aber bei Anwohnern auf erhebliche Sympathie gestossen ist. Ein so großes ungenutztes, umzäuntes Gelände mitten in der Stadt ist halt auf Dauer eine Provokation. Der CDU fiel mal wieder nichts anderes ein, als mehr Repression zu fordern - so in einer Mündlichen Anfrage im Juni.

Harald Gindra

Eine Straßenbahn durch Schöneberg

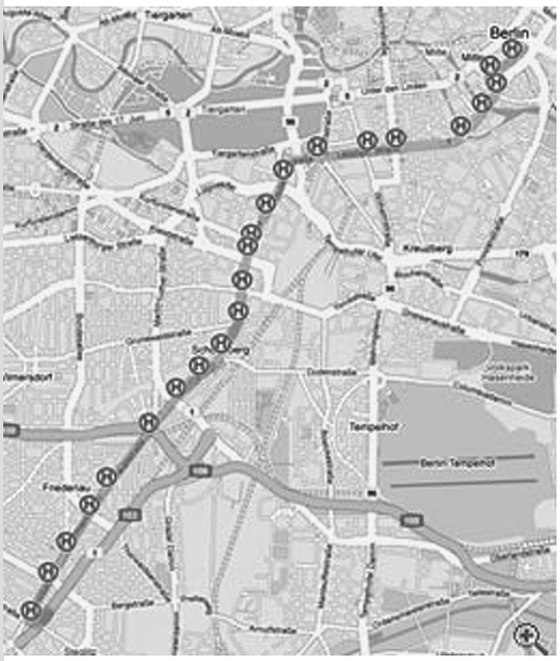
Von mehreren Seiten angestoßen, entwickelt sich aktuell eine Diskussion über die Führung einer Straßenbahn-Linie vom Alexanderplatz über Potsdamer Platz zum Rathaus Steglitz.

Eine an der TU Berlin gefertigte Machbarkeitsstudie ergab eine problemlose Einordnung der Schienen in den Straßenraum und eine konkurrenzlos günstige Fahrzeit gegenüber Bus und PKW, da die Straßenbahn auf eigenem Gleiskörper fahren könnte. Aus diesem Grund und weil sich viel Verkehrsnachfrage auf den Straßenzug Schlossstraße / Rheinstraße / Hauptstraße / Potsdamer Straße / Leipziger Straße orientiert, werden Fahrgastzahlen prognostiziert, die fast so hoch liegen wie bei U-Bahn-Linien. Aber nicht nur die Fachleute, auch die interessierte Bevölkerung hat anlässlich einer Berliner-Morgenpost-Umfrage bei zahlreicher Beteiligung mit rund 70% für eine Straßenbahn auf dieser Trasse abgestimmt.

Inzwischen hat die Diskussion unseren Bezirk erreicht, immerhin macht man sich hier schon seit über zwanzig Jahren Gedanken, wie die Hauptstrasse, Rheinstrasse und Potsdamer Strasse als Einkaufsmeilen aufgewertet und vom Autoverkehr entlastet werden könnten. Die IG Nahverkehr beim Landesvorstand Berlin befürwortet dieses Straßenbahnprojekt aus mehreren Gründen:

■ Die Straßenbahn ist ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel und erlebt deshalb in Metropolen wie Paris und London eine Wiedergeburt. Sie kann auch im Westteil Berlins schnelle Verbindungen anbieten und der Abgas-, Stau- und Park-Problematik des Autoverkehrs entgegen wirken.

■ Die Straßenbahn schafft gute Arbeitsplätze in Berlin. Unsere Region ist ein Zentrum für Schienen-Fahrzeugbau und Schienenwege-Bau, dies sind Arbeitsplätze mit mehr Zukunft als in der Automobil-Industrie. Es ist äußerst sinnvoll, dass in der Region ansässige Firmen auch Aufträge aus der Region erhalten.



■ Eine Straßenbahn auf dieser Trasse reduziert den Autoverkehr auf der wichtigsten Verkehrsader Schönebergs und Friedenaus in Richtung Zentrum und erleichtert das Heraushalten von Durchgangsverkehr, der weder in der Hauptstraße und Rheinstraße noch auf der Potsdamer etwas zu suchen hat. Zusammen mit anderen Maßnahmen gegen den übermäßigen Autoverkehr kann das gesamte Gebiet für die Wohnbevölkerung erträglicher und für die dort einkaufenden und arbeitenden Menschen attraktiver gemacht werden.

Ältere werden sich noch daran erinnern, dass hier schon mal Straßenbahnen fuhren, u. a. die Linie 74 von Weißensee bis nach Steglitz, seit 1949 lediglich am Potsdamer Platz durch den “Eisernen Vorhang“ unterbrochen. Bis in die Sechziger fuhr sie sogar parallel zum 48er Bus – und beide waren ausgelastet. Als dann aus politischen Gründen die der DDR gehörende S-Bahn boykottiert wurde, ging man seitens des Senats gar an die Planung einer U-Bahn, in Sichtweite der S-Bahn sozusagen. Die Bahnhöfe der U9 unter der Schloßstraße und der U-Bahnhof Kleistpark sind schon als Kreuzungsbahnhof ausgebaut bzw. mit Doppelbahnsteigen ausgestattet. Zum Glück - können wir heute sagen - hat immer das Geld gefehlt, denn seit der Maueröffnung steht ja die S-Bahn wieder zur Verfügung. Und so können wir das Straßenbahn-Projekt wieder aufleben lassen. Es werden natürlich nicht die quietschenden Blechbahnen aus den 20er/30er Jahren sein sondern moderne Niederflurfahrzeuge, die aus der Sicht eines unaufmerksamen Pkw-Linksabbiegers eher zu leise sind.

Übrigens: Die Linke Steglitz-Zehlendorf tritt konsequent für eine Straßenbahn bis Rathaus Steglitz und lebenswerte Wohnbedingungen im gesamten Bereich der Schloßstraße ein. Und wir hoffen, dass mit diesem Artikel auch in unserem Stadtbezirk eine - durchaus parteiübergreifende – Debatte ausgelöst wird; denn die Busse sind zu voll und stehen häufig im Stau, eine U-Bahn wäre unsinnig und zu teuer. Eine moderne Niederflurstraßenbahn auf besonderen Fahrspuren wäre die Lösung.

Die Vorschläge der TU sind nahezu deckungsgleich mit unseren Vorstellungen zur „Westausdehnung“ des Berliner Straßenbahnnetzes. Interessierten schicken wir gern das ganz Berlin betreffende Projekt elektronisch oder in Papierform zu.

Die IG Nahverkehr steht am 2.Mittwoch eines jeden Monats ab 17.00 Uhr in der „Roten Insel“ für Fragen und Debatten zur Verfügung. Wir kommen auch zu Euch/Ihnen. Das ist keine Drohung, sondern ein Angebot!

Text: RG und HKN

Fotos: www.isr.tu-berlin.de/projekte/busersatzverkehr

Lupe09-07-6.indd 2 06.07.2009 08:04:37

AUS DER BVV BERICHTET

Bürgerfrage wird mit Zynismus beantwortet

Der im Rahmen des Bebauungsplanes B7-29 an der Nordspitze des ehemaligen GASAG-Geländes geplante Bolzplatz stößt bei Teilen der Anwohner auf wenig Gegenliebe. Die Ablehnung ist durchaus berechtigt, wenn man die gesamten Bauvorhaben in diesem Gebiet mitbedenkt, die eine höhere Lärmbelästigung erwarten lassen. Ein anderer Einwand ist, dass es im Umkreis schon genug Bolzplätze gebe, die überwiegend von Jungen genutzt würden, was auch nicht gerade im Sinne der Geschlechtergleichstellung ist. Stadtrat Krömer (CDU) unterstellte dem Kritiker eine Jägerzaun-Mentalität: Spielplätze seien nun mal nicht leise und seien als sozial bedingt zu dulden und im übrigen könnten auch Mädchen mal bolzen.

Erschreckende Kinderarmut auch in Tempelhof/Schöneberg

Heftigen Diskussionsbedarf löste die Große Anfrage (Drs 1076 vom Mai) der SPD aus. Gefragt wurde u.a. was unser Bezirk an Maßnahmen anbiete zur Verbesserung der Bildungsbedingungen von Schüler/innen, die von Armut betroffen sind. Es gibt Bemühungen wie die Erhöhung von Hortplätzen, was vor allem ein Verdienst der Linken ist. Außerdem ginge es um kostenlose Angebote der Bibliotheken, der Volkshochschulen, der Musikschulen und auch die Bemühungen für eine soziale Stadtteilentwicklung. Das wäre ein Anfang, aber es reicht nicht aus, denn das Grundübel bleibt, dass es keine Chancengleichheit gibt. Armut ist meist Ursache für schlechte Bildung, Entwicklungsdefizite und gesundheitlicher Probleme. Über 31% der Kinder unter sechs Jahren und 28% der SchülerInnen unseres Bezirkes sind von Armut betroffen gemäß der Angaben des JobCenters und der Schulen über Lernmittelbefreiung. Die Politik ist hauptverantwortlich für diese Zustände, sie gibt die Richtung vor, doch es können nicht verarmte, arbeitslose Eltern mit ihrer Erziehungsaufgabe auch noch dafür moralisch bestraft werden, wenn ihr Kind kein Instrument spielt, kein Abitur oder keinen Schulabschluss hat. Unser Bezirksverordneter Harald Gindra richtete die Aufmerksamkeit auf den viel niedrigeren Anteil von SchülerInnen mit Lernmittelbefreiung an Gymnasien (=12%). Dies bestätigt, wie stark der Lernerfolg im derzeitigen Schulsystem von der sozialen Lage der SchülerInnen abhängt. Er verwies auf eine spätere Debatte. Der Antrag auf das Losverfahren an Gymnasien (Drs 1105 von CDU) musste aber zu vorgerückter Stunde auf die nächste BVV vertagt werden.

Sparmaßnahmen haben Auswirkungen auf Gesundheit und Soziales

Fehlbeträge von 597.000 € im Bereich Soziales und 535.000 € im Bereich Gesundheit sowie ein geplanter Personalabbau 2010/11 werden einschneidende Verschlechterungen mit sich bringen (47 Stellen im Sozialbereich, 30 Stellen im Gesundheitsbereich). Der Verbleib der fehlenden Gelder läßt sich womöglich in der alljährlichen Rügenliste des Landesrechnungshofes und im Bundessteuerzahlerschwarzbuch nachlesen.

Nobelbistro statt Jugendförderung

Stadtrat Krömer (CDU) hat sich für eine mögliche Privatisierung der ehemaligen Revierunterkunft Rudolph-Wilde-Park entschieden (Drs 1078 vom Mai). Das Anwesen wurde an den Liegenschaftsfond abgegeben. Der Verkaufserlös sei eine bessere Lösung. Großes Interesse zeigt die DLRG (Deutsche Lebensrettungsgesellschaft), die das Anwesen für Jugendarbeit genutzt und auch sämtliche Sanierungskosten übernommen hätte. Diesen Plan findet Krömer nun absolut ungeeignet, schon eher würde er ein Bistro dort passend finden. Es wurden auch andere Vorschläge wie Abriss und Parkvergrößerung genannt. Im Ausschuss wird diese Diskussion nochmals geführt werden müssen.

Elisabeth Wissel

BVV-Vorlagen

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und ihre Beratungsergebnisse auf.

(Drs = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlußempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

■ EUREF-Projekt - Gebäudehöhe Nordspitze reduzieren (Drs 1085 von SPD)
Ergebnis: Beschluss (SPD-CDU-Mehrheit/Ablehnung Änderungsantrag von B'90/Grüne)

■ Konflikte um Nutzung der Grünanlage Gleditschstraße entschärfen (Drs 1093 von AGP)
Ergebnis: Ablehnung (SPD-CDU-Mehrheit)

■ Finanzierung GASAG-Nordspitze als Grünfläche transparent darstellen (Drs 1106 von B'90/Grüne - mit Änderungen)
Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Erfurter Straße frei ziehen (Drs 1107 von SPD+CDU)
Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Haushaltseckwerte 2010/2011: Personaleinsparungen aufzeigen (Drs 1109 von B'90/Grüne - mit Änderungen)
Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Flut von Wohngeldanträgen bewältigen (Drs 1111 von CDU)
Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Soziales und JobCenter (KL)

■ Warenhaus- und Einzelhandelsstandorte erhalten - Arbeitsplätze erhalten (Dringliche Drs 1113 von SPD)
Ergebnis: Beschluss

■ VÖBB (Verbund der Öffentlichen Bibliotheken) - Beschluss zurücknehmen (Dringliche Drs 1114 von Grüne / Änderungsantrag SPD)
Ergebnis: Beschluss (Änderungsantrag)

■ Kinder- und Jugendbüro einrichten (Drs 0987 BE aus Hauptausschuss)
Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Kohlenhandlung B. Meyer Nachfahren - Stätte des Widerstandes (Drs 0994 BE aus Ausschuss Stadtplanung)
Ergebnis: Beschluss (KL)

■ Gedenkstein zu Penzberg erläutern (Drs 0399 MzK des Bezirksamt)
Zur Kenntnis genommen (KL)

■ Ehemalige Revierunterkunft Rudolf-Wilde-Park (Drs 0520 MzK des Bezirksamts)
Ergebnis: Überweisung in Haupt- sowie Ausschuss FM (KL)

Unser Bezirksverordneter

Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525-45 25 000

EMail: Linke.bvv.ts@googlemail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus: Raum 2036

Sprechstunde: immer donnerstags von 17-19 Uhr

Telefon: 030 / 90277 4898

Arbeitskreis Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der Arbeitskreis unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen in der BVV nehmen.

Nächste AKK-Sitzung

Freitag, 28. August und 11. September

Beginn jeweils 18 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen BVV-Sitzung zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.
Interessierte sind ständig eingeladen, die Beratungen der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

BVV-Sitzung

Die nächste BVV-Sitzung findet am Mittwoch, dem 15. Juli, 17 Uhr im BVV-Saal (2. Stock) im Rathaus Schöneberg statt.

Lupe09-07-6.indd 3 06.07.2009 08:04:37

Karneval

Karneval und Kultur

Seit 1996 gibt es in Berlin den Karneval der Kulturen. Er findet um die Pfingsttage herum in Kreuzberg statt. Höhepunkt ist der große Umzug, an dem viele Wagen und Vereinigungen aus vielen verschiedenen Ländern teilnehmen. Zu den Initiatoren gehörte auch die 1993 in Neukölln gegründete „Werkstatt der Kulturen“. Inspiriert wurde der Karneval auch vom Nottinghill Carnival in London und dem Rotterdamer Zomercarnaval (Sommerkarneval). Zielsetzung dieser Einrichtung ist, Vielfalt, Kennenlernen und Toleranz zu fördern. Dies geschieht nicht nur durch den Umzug, um den herum sich wirklich eine volksfestmäßige Fülle entfaltet, sondern auch durch die Musikbühnen, allen voran die Bühne Farafina, die in erster Linie der afrikanischen Musik gewidmet ist, und die vielfältigen Stände auf dem Festgelände.

Und doch...

beschleicht mich öfter ein gewisses Missbehagen. Ist „Kultur“ wirklich „karnevalsfähig“? Nicht umsonst gehören die brasilianischen Umzugselemente zu den eindrucksvollsten. Sie sind der „Prototyp“ des Umzugs und sie zeigen auch das Problem. In einer Kultur, wo portugiesische Eroberungsmentalität nur die verzerrte und entwürdigende Spiegelung afrikanischer und indianischer Kultur zuließ, hat sich das Positive, Lebensfreudige auf so unentwirrbare Weise mit der Entwürdigung traditioneller außereuropäischer Kulturen vermischt. Wer etwas von der wahren Bedeutung der „Masken“ in den traditionellen afrikanischen Kulturen wie zum Beispiel in Kamerun weiß, kann sie sich nicht wirklich als Karnevalselement vorstellen.

So wird es wohl bleiben: jedes Jahr freue ich mich, den Karneval der Kulturen zu besuchen, und jedes Mal verspüre ich Unbehagen.

Andreas Schlüter

Heiß und kalt

Bild oben links: Spirituelle Autorität, traditionelle „Polizei“.

Bild oben rechts: Asien - mit viel Grazie.

Bild mitte: Brasilien - heiß und herzlich.

Bild unten links: Pinguine - kalte Füße, warme Herz.

Bild unten rechts: Farafina - da ging es auch wieder ab.

Fotos: Andreas Schlüter

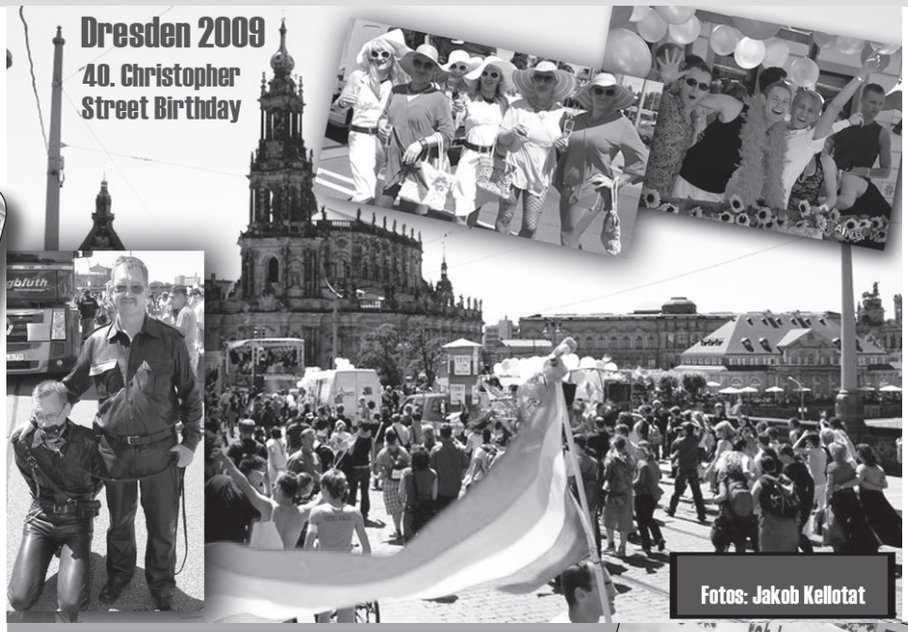
Auch Bolivien war dabei...

... und präsentierte mit etwa 150 Tänzerinnen und Tänzern aus ganz Europa den Tanz „Diablada de Oruru“, welcher sogar von der UNESCO zum Weltkulturerbe gezählt wird.

Mit lauter Musik, prachtvollen Masken und bunten Trachten tanzten Teufel und Teufelinnen zusammen mit anderen Figuren wie Engeln, Bären und Teufelsweibern und auch den zehn Todsünden einen typischen bolivianischen traditionellen Tanz, der auch jedes Jahr in der bolivianischen Statd Oruru getanzt wird.

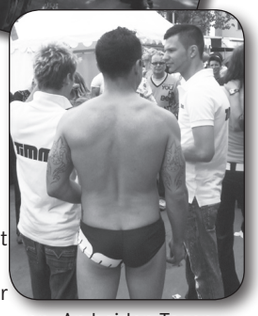
Text und Foto: Grace Irazoque

Lupe09-07-6.indd 4 06.07.2009 08:04:39



Fotos: Jakob Kellotat

Zum 16. Mal wurde am 13. Juni in Dresden der CSD als Fest lesbisch-schwuler Lebensfreude begangen. Zahlreich war die Szene mit Wagen vertreten. Ein bunter Zug quirlte erst durch die Dresdner Neustadt, dem Szenekiez. Dann ging es durch das historische Dresden hin zum Altmarkt, wo Abschlußkundgebung und Straßenfest stattfanden. Bis tief in die Nacht wurde rauschend gefeiert.



Traditionell eine Woche vor dem CSD ruft das Strassenfest. Erwartet wurden 350.000 Besucher, es kamen „nur“ 250.000 - die Krise hat auch die Szene erreicht. Trotzdem war es wieder ein Fest schwul-lesbischer Lebensfreude für uns und für die „heterosexuelle“ Welt das obligatorische „Schwulengucken“ - eine Begegnung zweier Welten, die hilft Vorurteile abzubauen. An beiden Tagen wurde bis tief in die Nacht draußen und dann in den Szenelokalen weitergefeiert.

CSD 2009

Ein bunter Zug wälzte sich vom Kurfürstendamm über Bülowstrasse. Potsdamer Strasse, Potsdamer Platz und Brandenburger Tor zur Siegessäule. In den Zug reihten sich Schuwle und Lesben aus vieler Herren Länder ein. Der Berliner CSD hat nichts von seiner Anziehungskraft verloren, auch wenn dieses Jahr etwas weniger Besucher

kamen: nur „550.000“. Es war wieder ein Fest der Freude und des friedvollen Miteinanders. Hin und wieder gab es ein paar politische Einwürfe zur wachsenden Homophobie, aber der CSD war in diesem Jahr eher eine unpoltische Veranstaltung. Eigentlich schade und eine vertane Chance.

Texte und Fotos (soweit nicht anders angegeben): Ben

Kinky Tulip

oder: Baustadtrat erkrankt an Homophobie

Dass dem Stadtrat bestimmte Dinge suspekt sind, ist hinlänglich bekannt. Jetzt erreicht das Ganze eine neue Qualität: Krömer kämpft gegen den schwulen Kiez.

Sein erstes Opfer: Das „Kinky Tulip“ in der Welserstrasse - ein Hotel für Schwule aus der Fetischszene, das ein Ruf hat und gut gebucht wird.

In Krömers überschäumender Phantasie ist das ein Puff, ein Sündenbabel und das gehört verboten. Er erlässt im schönstens Amtsdeutsch einen Nutzungsuntersagungsbeschluß.

Gegen diesen geht der Betreiber gerichtlich vor. Selbst das Verwaltungsgericht zügelt Krömer, indem es feststellt, dass *„über das Vermieten der Zimmer hinaus keine sexuellen Dienstleistungen, Animierprogramme oder ähnliches“* angeboten werde. Aber dann kommen hier auch homophobe Züge ins Spiel und das Gericht stellt fest, dass man befürchte, *„die bereits vorhandene kerngebietstypische Nutzung sich verfestigen .... und der Stadtttteil umkippen könne“* - oder übersetzt: nicht mehr Leder- und Fetischszene, es sind schon genug Schwule und Lesben im Bezirk.

Hat der Stadtrat Angst, dass marodierende Leder- und Fetischkerlhorden durch den Bezirk ziehen und diesen unsicher machen?

Bekanntermassen ist ja schon der CDU-Chef Henkel von Homophobie befallen und hetzt alljährlich gegen das Folsom-Fest im September. Und dem will Krömer als neuer Generalsekretär und mit den Verbotsbefugnissen eines Baustatdrats ausgestattet nicht nachstehen und fängt seinen „Kreuzzug“ gegen Schwule und Lesben im Bezirk an!

Diese Aktionen leisten schwulenfeindlichen Ressentiment Vorschub.

Homophobie ist heilbar, Herr Krömer!

Wir bleiben dran und berichten in der nächsten Ausgabe weiter.

Ben

Lupe09-07-6.indd 5 06.07.2009 08:04:42

Der Sturm

Ein Irrtum

Am 14.Juli 1789, also vor 220 Jahren, begann mit dem Sturm auf die Bastille die Französische Revolution. Vorangegangen waren Unruhen wegen gestiegener Brotpreise. Zollstationen rund um Paris waren zerstört worden. Ein im Volke angesehener Minister war abgesetzt worden und der König hatte Truppen in Versailles zusammengezogen. Das war eine Provokation der Nationalversammlung und des Volkes von Paris. Die Stimmung wurde durch geschickte Agitatoren aufgeheizt. Die aufgebrachte Menge stürmte mit Kastanienblättern am Hut als Erkennungsmerkmal zu der am östlichen Stadtrand gelegenen Festung. 89 Aufständische fanden den Tod im Feuer der Wachmannschaft. Sie ergab sich schließlich. Ihr Kommandeur wurde auf dem Weg in die Stadt trotz der Zusicherung des freien Geleits von einem Metzger erschlagen. Auch das Oberhaupt des Pariser Magistrats, der dem Kommandanten helfen wollte, wurde erschlagen. Die Köpfe dieser beiden ersten adligen Opfer der Revolution wurden auf Heugabeln gespießt als Siegestrophäen durch die Straßen getragen. Tausende sollten ihnen in den nächsten Jahren noch folgen. Ironie der Geschichte: selbst den Erfinder der Guillotine hat es getroffen.

Der 14.Juli ist französischer Nationalfeiertag, aber nicht wegen des Sturms der Bastille als Fanal der Revolution - das ist ein Irrtum - sondern wegen des am 1.Jahrestag stattgefundenen Föderationsfestes, auf dem sich der König und Vertreter aller Stände und Departements zur Einheit der französischen Nation bekannten.

1880, aus Anlass des 90.Jahrestages dieses symbolträchtigen Aktes nationaler Identitätsfindung, wurde per Gesetz der 14.Juli zum Nationalfeiertag erklärt.

Wie kläglich war dagegen das parlamentarisch Gezerre, um ein Datum für den Tag der Deutschen Einheit zu finden. Erinnert ihr euch noch. Oder kann mir jemand sagen, was in der deutschen Geschichte am 3.Oktober so bedeutendes stattfand, dass man dieses Datum zum Nationalfeiertag erhebt. *Rudolf Gensch*

Tempelhof und kein Ende

Tatsächlich hat sich im Bezirk Tempelhof-Schöneberg am Tag der Europawahl eine deutliche Mehrheit bei der gleichzeitigen Abstimmung zum Bürgerbegehren für das rechtlich irrelevante Anliegen ausgesprochen, den ehemaligen Flughafen Tempelhof zum Weltkulturerbe zu machen – und damit den Denkmalschutz des Gebäudes auf das ganze Gelände auszudehnen – sowie den Ort als Ausweich-, Rettungs- und Regierungsflughafen zu erhalten. Man möchte sagen: denn sie wissen nicht, was sie tun!

Aber dies ist auch vielleicht dem Versäumnis des Berliner Senats geschuldet, der die Menschen mehr in die Überlegungen zur Nachnutzung hätte einbeziehen sollen. Die Betriebsgenehmigung für den Flughafen wird jedenfalls nicht mehr erteilt, denn abgesehen von allen übrigen Faktoren (BBI u. a.) ist das Sicherheitsrisiko bei so einem innerstädtischen Flughafen viel zu groß. Darüberhinaus ist so eine Entscheidung auf Bezirksebene eben rechtlich unzulässig. Aber es könnte der Auftakt sein für den Versuch, nochmals mit veränderter Zielsetzung ein Bürgerbegehren („Volksentscheid“) auf Berliner Ebene durchzuziehen.

Wichtig ist etwas ganz anderes: Nämlich, das Tempelhofer Feld endlich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit die Bürger dieser Stadt sich den Ort erschließen können. Diesem Anliegen diente auch am 20. Juni der Versuch, das Feld zu besetzen. Die konkrete Zielsetzung ist fehlgeschlagen. Die Polizei tat sich durch zum Teil unverhältnismäßige Härte hervor (da berichtete die Presse ausführlich). Aber dennoch geriet die Aktion zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Forderung: Tempelhof für alle! DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg mit ihrer Direktkandidatin Figen Izgin, DIE LINKE Neukölln wie auch die Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Evrim Baba (DIE LINKE) zeigten Flagge.

Auch eine andere Angelegenheit ist dringend: Es geht darum, mit einer Gedenkstätte die Erinnerung an das Konzentrationslager Columbia-Haus wachzuhalten, das am Nordrand des Tempelhofer Feldes bis etwa März 1938 existierte und dann dem Flughafenausbau weichen musste. Insgesamt wurden hier etwa 10.000 Menschen gequält und erniedrigt und teils umgebracht. Unter vielen anderen prominenten Häftlingen waren auch der Oberrabbiner Leo Baeck und Ernst Thälmann hier inhaftiert.

Andreas Schlüter

Da war was los

Bild oben links:
Umringt - erste Anzeichen
Bild oben rechts:
Auch hier dabei - unsere Kandidatin
Bild mitte:
Was haben wir zu erwarten?
Bild nten links:
Hier sind die jungen Leute
Bild unten rechts:
Freiheit - Gleichheit

Fotos: Andreas Schlüter

Lupe09-07-6.indd 6 06.07.2009 08:04:42

Kosmopolita 2009 erstmals verliehen

Erstmals in diesem Jahr wurde der interkulturelle Frauenpreis Kosmopolita 2009 vom Bezirk Tempelhof-Schöneberg verliehen. Mit diesem Preis, der vom Bezirksbürgermeister Ekkehard Band und der Intergrationsbeauftragten des Bezirks Gabriele Gün Tank ins Leben gerufen wurde, sollen die Leistungen von Frauen und Mädchen, Gruppen oder Organisationen gewürdigt werden, die sich im Bezirk hervorragend und beispielgebend für das interkulturelle Leben einsetzen.

Die Junior-Kosmopolita ging an Frau Luisa Savcuk (Foto links) , die sich zunächst ehrenamtlich im Verein Harmonie e.V. in Tempelhof-Schöneberg engagierte und später in ihrer Mädchengruppe sich um die Belange junger Frauen engagierte.

Mit der ersten Kosmopolita wurde Frau Gülsen Aktas, Leiterin der Seniorenfreizeitstätte HUZUR (Foto: rechts) auf einer Feierstunde im Rathaus Schöneberg geehrt.

Die Festrede hielt die Schirmherrin Prof. Dr. Rita Süssmuth, Bundestagspräsidentin a.D. Die Laudatio erfolgt durch die Integrationsbeauftragte Gabriele Gün.

Als langjährige Bewohnerin engagiert sich Frau Aktas für die Belange im Stadtteil. Seit 2007 leitet sie nun die Seniorenfreizeitstätte Huzur in der Katzlerstrasse, das besonders von Migrantinnen der ersten Generation aufgesucht wird. In dieser Einrichtung werden Selbsthilfepotentiale gefördert, der interkulturelle Dialog zwischen unterschiedlichen Ethnien jeden Alters gepflegt und die Integration durch Bildung und Freizeitaktivitäten organisiert. Frau Aktas, die sich schon in der autonomen Frauenhausbewegung dafür einsetzte, dass die Emanzipation von Frauen nicht losgelöst von der Frage ihrer ethnischen Diskriminierung betrachtet werden kann (Mitherausgeberin des Buches „Entfernte Verbindungen“, Orlando-Frauenbuchverlag), mit ihrem emanzipatorischen Ansatz einen Kontrapunkt zu der zuweilen patriarchalischen Beratungskultur in der Integrationsdebatte. Auch wir gratulieren Frau Aktas und Frau Savcuk.

Redaktion

Die Linke kritisiert das neue Gedenkstättenkonzept

Die Basisorganisation Schöneberg widmete eine Veranstaltung diesem bedeutenden Thema. Gäste waren Prof. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der VVN-BDA, Ellen Brombacher, Bundessprecherin der KPF, und Gerd Wiegel, Mitarbeiter im Bundestag Die Linke.

Gedenkstätten sind wichtige Orte des faschistischen Widerstandes, der Mahnung und gegen das Vergessen. Bis zum Fall der Mauer konnte man in den beiden deutschen Staaten von einem gewissen Konsens in der Bewertung der Nazi-Barbarei ausgehen. Danach geschah eine krasse bevormundende Änderung des Gedenkstättenkonzepts; Fortschreibung im Juni 2008, mit eindeutig diskreditierender Zielscheibe DDR. Das ungeheuerliche an der gesamten Gedenkstättenkampagne ist die Zwei-Diktaturen-Theorie, eine historisch unzulässige Parallelisierung bzw. Gleichsetzung der DDR mit dem NS-Regime. Der jüngeren Generation wird somit auch über die Schullehrpläne bewusst ein falsches Geschichtsbild vermittelt. Unternommen wird ein gravierender Einschnitt in die Geschichte des zweiten deutschen Staates mit der Absicht, einem erkämpften sozialistischen System ein für alle mal seine Legitimation zu berauben. Gleichzeitig wird - wie in Zeiten des Kalten Krieges, - Antikommunismus geschürt, um alles linke Gedankengut in die Nähe von Terrorismus und Unterdrückung zu stellen. Zu der revisionistischen und umfassenden Bearbeitung der DDR-Geschichte gehört beispielsweise die Tilgung der Namen von Widerstandskämpfern von Straßen und Plätzen, oder Entfernung von Gedenktafeln - Entsorgung der Vergangenheit eben! Das war der Anfang. Eigentlich beabsichtigt dieses Gedenkstättenkonzept vor allem die Hervorhebung der „Stasi“, als sozusagen wesentliches Element dieses sozialistischen Staates. So soll jede positive Assoziation mit der DDR von vornherein mundtot gemacht werden. Andererseits soll die Helden-Ehrung der Regime-Gegner nicht mehr nach ihrer eventuell Nazi-Vergangenheit hinterfragt werden. Geplant ist auch eine generelle Neugestaltung der ehemaligen KZ-Gedenkstätten in den neuen Bundesländern mit dem Argument: *„Die SED instrumentalisierte die Dokumentation... zur Legitimierung der eigenen Diktatur.“* Tatsache ist jedoch, dass zwei Personen aus dem Gedenkstättenbeirat in Sachsen diesem nun nicht länger wegen Geschichtsverfälschung angehören wollen. Auch Bürgerrechtler haben massiv gegen die Neufassung protestiert. Und Beschwerden von Opferangehörigen und Überlebenden habe es gegeben, da sie kaum noch gehört würden, so Prof. Heinrich Fink. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Geschichtsrevisionisten in ihrer Überzeugungsarbeit erhebliche Probleme haben: Nach Umfragen haben die Menschen im Osten die DDR eher als solidarische und soziale Gesellschaft wahrgenommen.

Elisabeth Wissel

Buchtipp

Yalu

... ist der Titel eines Buches von Jörg Friedrich (List-Taschenbuch, ISBN 978-3-548-60857-0), das uns das Fürchten lehrt. Der Autor, Jahrgang 1944, führt uns im Wesentlichen in den Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1955. Offenbar war bei allen späteren Verwicklungen und auch Fehlalarmen die Menschheit nie so dicht am Abgrund wie in jenen Jahren, insbesondere Anfang der Fünfziger. Im hiesigen Bewusstsein spielen hinsichtlich ähnlicher Horrorszenarien Mauerbau und Kubakrise eine besondere Rolle, aber es war wohl der Koreakrieg, der besonders dicht an die atomare Katastrophe führte.

Fernost

Korea, von japanischer Besatzung befreit, aber im sich herausbildenden kalten Krieg wie Deutschland geteilt, ursprünglich durch den 38igsten Breitengrad, wurde zum „Zankapfel“ der Blöcke und nach gegenseitigen Grenzverletzungen überschritten am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen die Grenze und drängten die Truppen der USA und ihrer Verbündeten bis auf den Zipfel um Pusan im äußersten Süden zurück. Hin und her wogte dann der Krieg, erst bis zum Grenzfluss Yalu zwischen Korea und China, dann nach Chinas Eintritt in die Kampfhandlungen wieder bis etwa zur ursprünglichen Grenze, unter anderem etwa ein Drittel der nordkoreanischen Bevölkerung tot hinterlassend.

Am Abgrund

Im Verlauf des Krieges forderte der US-Oberbefehlshaber MacArthur den Einsatz von sechzig Atombomben auf chinesische Millionenstädte. Nur knapp ist die Welt am Abgrund entlang geschrammt, was Friedrich eindrücklich schildert. Etwas fehlt allerdings: so gut die Haltungen und Regungen der politischen und militärischen Führungen dargelegt werden, die Macht hinter der Macht in den USA, die Wirtschaftsmächtigen, werden nicht in die Betrachtung einbezogen, dennoch lesenswert!

Andreas Schlüter

Lupe09-07-6.indd 7 06.07.2009 08:04:43

Der Bürokrat

Die autoritäre Persönlichkeit

Personelle Grundlage menschenverachtender Systeme

Nach dem zweiten Weltkrieg veröffentlichte Theodor W. Adorno zusammen mit den Co-Autoren Else Frenkl-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford das Buch „Authoritarian Personality“ (die autoritäre Persönlichkeit), das auch auf wichtigen Vorarbeiten von Erich Fromm aufbaute.

Worum ging es?

Die deutsche Geschichte mit ihrer Millionen an Menschenleben fordernden Naziherrschaft bedurfte einer Erklärung, die auch den Blick auf die Bereitschaft von „normalen“ Menschen richtete, sich an dem Quälen und Hinschlachten der Mitmenschen zu beteiligen. Die widerspruchslose Bereitschaft, sich als Helfer bei Unmenschlichkeiten benutzen zu lassen, hatte sich problemlos bis zum Letzten steigern lassen.

Wie weit sind wir?

Die Politik wird nicht müde, ihre Ferne zur grauenvollen Nazi-Zeit zu betonen, aber weit liegt schon die Zeit zurück, als beteuert wurde, „von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“! Weit liegt die Zeit zurück, als es noch ein Asyl-Gesetz gab, das diesen Namen verdiente und weit liegt die Zeit zurück, als man aus den Erfahrungen der Geschichte heraus die Privatsphäre für heilig hielt. Heute werden HARTZ IV-„Empfänger“ mit Fragebögen drangsaliert, auf denen sie z. B. begründen müssen, warum sie nicht verheiratet sind. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es schon wieder viele „helfende und ausführende“ Hände gibt, die nicht mehr groß fragen, was ihnen da befohlen wird. Und diese Hände müssen keine wirklichen Waffen tragen, um bei denen, an denen sie „arbeiten“, Existenzängste zu erzeugen.

Andreas Schlüter

Deutsche Märchenstunde

oder: wie Geschichte umgeschrieben wird

Gerne suchen sich Geheimdienste fragwürdige und labile Persönlichkeiten aus, um Informationen abzufischen. Das macht die CIA, das macht die NSA, so machen das die britischen und die französischen Dienste und last not least die bundesrepublikanischen und die heutigen deutschen Dienste. Und Dienste der DDR waren nicht anders. Weil das so ist - man möchte fast sagen: „so sein muss“, kommt es ja dann auch nicht so selten vor, dass diese „Ehrenleute“ sich als zu allen Seiten offen zeigen und irgendwann in „beide Richtungen“ gucken.

Nun ist es also raus: der Westberliner Polizist, der seinerzeit ohne Not den Studenten Benno Ohnesorg erschoss, war Stasi-Informant. Mit der damaligen Tat und noch viel mehr mit dem folgenden Freispruch zeigte die Staatsmacht, wie hart sie gegen die aufmüpfigen Studenten zu gehen bereit war.

Sicher weiß man das schon länger. Aber „programmgemäß“ zu Europa- und Bundestagswahlen zeiht man es aus dem Hut und nun wird die Sache in einer Weise dargestellt, als sei die „Achtundsechziger Studentenrevolte“ ein Produkt durchtriebener und skrupelloser DDR-Politik gewesen. Es wäre heute wohl unangemessen, der Geheimdienstführung der DDR allzu große Skrupelhaftigkeit zu unterstellen, aber es gibt schon in der Kurras-Geschichte selbst Merkwürdigkeiten.

Erstaunliche Äußerungen

Mit eigenen Augen und Ohren habe ich einen Bericht verfolgt, in dem Kurras Erstaunliches von sich gab. Erbost über Attacken von Reportern schimpfte er: „sie führten sich auf wie Partisanen, wie Partisanen!“ Kurras wird uns als überzeugter „Kommunist“ dargestellt, aber für jeden Antifaschisten, und gerade einen SED-Anhänger kann sich mit der Bezeichnung „Partisan“ nur eines verbinden: ein Kämpfer gegen Hitler und die Nazi-Armeen! Der Gebrauch dieser Bezeichnung für etwas, was als in höchstem Grade negativ empfunden wird, kann nur auf eine ganz andere Überzeugungslage hinweisen. Gehen wir der Sache nach: ja, Kurras, der sich 1944 (sein Vater war gefallen) zur Wehrmacht meldete, war zwar schon 1946 in der SED, wurde aber im Dezember 1946 von der sowjetischen Geheimpolizei wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen und zu zehn Jahren Straflager verurteilt. Er kam ins Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen. Man wird sich erstens fragen, warum hatte der Mann eine Waffe – wenn er doch der „kommunistischen“ Obrigkeit zugetan war. Und zweitens wird man sich fragen, ob mit diesem Hintergrund nicht ganz andere Überzeugungen und Motive denkbar sind, aus denen sich ganz andere Optionen ergaben, zumal er schon 1950 bei Auflösung der Speziallager wegen geringer Schuld zu den Freigelassenen gehört haben dürfte.

So muss es erlaubt sein, sich zu fragen, ob er nicht viel eher Motive gehabt hätte, die Sowjetunion und die DDR zu hassen. Da könnte er sehr wohl in die Fänge westlicher Dienste geraten sein, die ihn dazu bewegten, die andere Seite „als deren Spion“ auszuspionieren. Wenn ich die oben beschriebene Äußerung nehme, scheint mir das viel eher zusammenzupassen. Auch die kolportierten prahlerischen Äußerungen des Kurras zum Tode von Ohnesorg passen in keiner Weise zu der Darstellung in den Mainstream-Medien. Wäre er das, zu dem man ihn machen möchte, hätte er wohl wenig Grund zum Prahlen gehabt – sogar, wenn er seine Untat auf Geheiß des DDR-Dienstes begangen hätte. Dieses Prahlen, wenn die Berichte darüber stimmen, deutet eher auf tiefen Hass gegen Linke hin. Nein, in der medialen Darstellung passt nichts wirklich zusammen! Die Öffnung westlicher Geheimarchive könnte da Licht reinbringen.

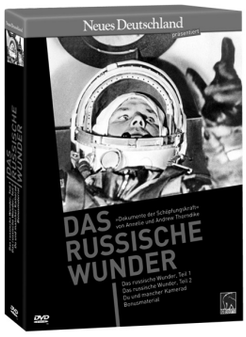
Als wäre sonst nichts gewesen

Fraglos hat der Tod von Benno Ohnesorg zum akuten Ausbruch des Unwillens bei Linken und Studenten beigetragen, widerlich genug war die Sache. Nun wird aber so getan, als ob es nicht genug andere Ursachen für das Aufbegehren kritischer Menschen gegeben hätte: pfleglicher Umgang mit Alt-Nazis, Schweigen über die Vergangenheit, mangelnde Gleichberechtigung der Frauen, Unterstützung des Krieges der USA gegen Vietnam, Wiederbewaffnung der BRD, politische Repression und Hetze - insbesondere der Springerpresse - gegen Linke und Studenten, und schließlich verkrustete universitäre Strukturen!

Wahrlich genug Sprengstoff für die Rebellion insbesondere der linken Jugend, keine Frage. Also, Schluss mit der Märchenstunde! Auch ohne DDR und Stasi kommt es heute wieder zu vehementen Protesten der unter den sich zunehmend verschlechternden Umständen leidenden Menschen. Der Widerspruch zwischen den salbungsvollen und von geheuchelter Moral triefenden Reden der Politiker und der mörderischen Kriegspolitik und dem Demokratieabbau wird wieder auch gerade junge Menschen auf die Straße treiben. Und wenn es so weiter geht, werden irgendwann, auch hier die Menschen „Französisch lernen“, sprich: in ihren Aktionen sich weniger an der Parole orientieren: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Andreas Schlüter

Exklusiv bei ND



DAS RUSSISCHE WUNDER

Neues Deutschland und ICESTORM Entertainment präsentieren eine Film-Edition auf 4 DVDs: »Das Russische Wunder« »Du und mancher Kamerad« und 6 DEFA Dokumentarfilme

29,99 €
zzgl. 1,40 Versand

Jetzt bestellen:
Neues Deutschland, Shop, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: (030) 29 78 - 16 54, Fax - 16 50
shop@nd-online.de, www.neues-deutschland.de

Neues Deutschland

Druck von Links.

Täglich. Kritisch. Anders.

Jetzt 14 Tage kostenlos testen:
www.neues-deutschland.de/abo

Druck von Links.

Lupe09-07-6.indd 8 06.07.2009 08:04:44

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer unser Land!

DIE LINKE hat auf ihrem Bundesparteitag am 20. und 21. Juni ihren konsequenten Einsatz für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden bekräftigt. Fast einstimmig wurde das Wahlprogramm zur Bundestagswahl im September verabschiedet.

Die Erwartung vieler Pressevertreter wurde nicht erfüllt: Der von ihnen vorhergesagte Streit fiel aus. DIE LINKE zieht geschlossen in den Wahlkampf. Wir wissen, was die Wählerinnen und Wähler von uns erwarten. Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben hat in Deutschland eine neue Dimension erreicht. Wenn die neoliberalen Parteien, die heute Steuergelder in Größenordnungen über Banken und Konzerne ausschütten, nach der Wahl den Bürgerinnen und Bürgern die Rechnung servieren wollen – dann braucht es eine starke LINKE im Bundestag, die verhindert, dass Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose und anderen Transferbeziehenden die Zeche zahlen!

DIE LINKE will den Politikwechsel: Geld an Konzerne ja – aber unter der Bedingung, dass wirklich Arbeitsplätze erhalten werden, dass die Produktion ökologisch umgestellt wird und dass die Mitbestimmung der Beschäftigten ausgeweitet wird. Dafür fordert DIE LINKE einen Zukunftsfonds von 100 Mrd. Euro. Mit jährlich 100 Mrd. Euro soll außerdem ein Konjunkturprogramm ausgestattet werden, das 2 Millionen Arbeitsplätze schafft. Umverteilung von oben nach unten statt wie bisher von unten nach oben: DIE LINKE fordert für die kommende Wahlperiode die Abschaffung von Hartz IV und als ersten Schritt die Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro sowie die Einführung eines Mindestlohns. Zur Finanzierung müssen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die auf Kosten der Mehrheit von der neoliberalen Politik der letzten 20 Jahre profitiert haben. DIE LINKE will eine Millionärsteuer einführen. Große Vermögen und Börsenspekulationen müssen - wie in anderen Ländern auch - besteuert werden.

DIE LINKE bleibt die Friedenspartei im Deutschen Bundestag. Als einzige Partei lehnen wir alle völkerrechtswidrigen Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN–Mandat, ab. So ist für die Linke auch die konsequente Ablehnung aller Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland selbstverständlich. Es gibt für uns keine „humanitären“ Militärinterventionen. Der Tod dreier junger Soldaten vor einigen Tagen in Afghanistan hat uns darin bestätigt: Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan! Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das genauso. Diese Mehrheit braucht eine kräftige Stimme im neuen Bundestag: eine gestärkte Fraktion DIE LINKE.

In ihrem Bundestagswahlprogramm fordert DIE LINKE nichts, was nicht auch umgesetzt werden kann. Während andere Parteien trotz Finanzkrise nach außen hin Steuererleichterungen versprechen, hinter den Kulissen aber schon die nächste Mehrwertsteuererhöhung und weiteren Sozialabbau vorbereiten, haben wir unsere Konzepte durchgerechnet. Deshalb: Glauben Sie nicht alles, was die „großen“ Zeitungen schreiben, machen Sie sich selbst ein Bild! Lesen Sie unser Wahlprogramm, besuchen Sie uns an unseren Infoständen und in unserer Geschäftsstelle. DIE LINKE freut sich auf das Gespräch mit Ihnen.

Alexander King und Carsten Schulz

Weshalb Überproduktion zu vermeiden ist

Quo vadis Staat ?

Der Markt versagt. Denn das Produzierte gelangt nicht zu mehr jenen, die es so dringend benötigen. Da sind die europäischen Bauern, die an ihren Milchprodukten verdienen wollen, es aber immer weniger können. Dem stehen jene gegenüber, die diese Waren dringend brauchen, sie sich aber nicht leisten können. Von allen Seiten wird auf staatliche Entscheidungen gedrängt. Während sich die Lebensmittelindustrie ihre Gewinne sichern will, können die Bauern von dem Produzierten nicht mehr leben. Wie bei der in strukturelle Not gekommenen Automobilindustrie braucht es gegenwärtig auch hier zukunftsweisende politische Entscheidungen.

Vor der Wahl ist nicht nach der Wahl

Der Staat soll helfen und er hilft. Unmögliches scheint vor der Wahl machbar. Während Merkel mit Obama wegen Opel verhandelt, stößt das marktradikale Politikverständnis ihres Wirtschaftsministers Guttenberg selbst in dessen eigener Partei, der CSU, auf Ablehnung. Die vom Wirtschaftsminister favorisierte Schließung von Arcandor wäre fatal: Auf dem Spiel steht nicht nur der Wegfall von 50 000 Arbeitsplätzen allein bei Karstadt, sondern auch die Zukunft der Innenstädte. Mit der Schließung von Karstadt würden die ohnehin schon geschrumpften städtischen Einkaufszonen weiter veröden. Dass der Staat und damit der Steuerzahler für seine bisherige neoliberale Wirtschaftspolitik zahlen muss, ist das eine. Entscheidender aber ist, ob aus den in der Vergangenheit gemachten Fehlern auch gelernt wird. Dass die Welt gegenwärtig an überproduzierten Waren zu ersticken scheint, liegt nicht primär daran, dass zu viele Autos hergestellt werden, die Kühe zu viel Milch liefern und die Menge an hergestellten Süßwaren nicht mehr verzehrt werden kann, sondern daran, dass die Produktion den sozialen und ökologischen Bedürfnissen des Gemeinwesens immer weniger gerecht wird. Gerade in der Autoindustrie zeigt sich, dass vom Falschen zu viel produziert wird. Die gegenwärtig aus wahltaktischen Gründen betriebenen punktuellen Staatseingriffe werden die Probleme nicht beheben, sondern sie lediglich in die Zukunft verschieben.

Langfristige Lösungen statt punktueller Staatseingriffe

Langfristig muss die politische Einflussnahme anders sein, als durch Abwrackprämien künstlich eine Nachfrage herbeizuführen. Wenn sich die Politik an den sozialen und ökologischen Interessen des Gemeinwesens orientiert und nicht länger partikulare Interessengruppen bedient, werden die staatlichen Lösungen auch langfristige sein. In dieser Forderung unterscheidet sich die Partei DIE LINKE von den anderen Parteien

Ulrike Schenk

Obdachlosigkeit

„...weil das nicht immer so gehen kann“

So faßte Bertolt Brecht seine Beobachtungen von Obdachlosen zusammen *(Gedicht siehe unten)* ... von Menschen, die auf der untersten Stufe der sozialen Leiter angekommen waren. Aber sind sie wirklich ganz unten?

Die Antwort auf diese Frage zu finden versucht eine interessante Ausstellung, die gegenwärtig auf Initiative unseres Bezirksverordneten in der Bezirkszentralbibliothek Eva-Maria-Buch-Haus gezeigt wird.

Die Bilder, entstanden im Haus Sankt Martin am Autoberg in Hattersheim, regen zum Nachdenken an. Unterstützt wird dies durch Texte von Bertolt Brecht. Alles zusammen versucht Zusammenhänge klar zu machen: zwischen Arm und Reich, zwischen Satt und Hungrig, zwischen äußerem Schein und innerem Sein.

Menschen!

Ihre Schicksale sind so unterschiedlich wie ihre gegenwärtige Situation. Niemand ist freiwillig obdachlos. Aber eine Änderung dieser Situation ist nur möglich, wenn man die Kraft dazu aufbringt. Diese Energie kann solch ein Treffpunkt wecken: Man trifft Menschen in der gleichen Situation – kann gemeinsam kämpfen und sich gegenseitig Mut machen.

Dagmar Krebs

Hier ist Wärme,
hier tut Buße
Eßt euch hier
zum letzten Male voll
Hier sind Bänke,
setzt euch und höret
Gottes Worte,
wie der Mensch sein soll.
(Bertolt Brecht)

Lupe09-07-6.indd 9 06.07.2009 08:04:44

Hartz IV Nachrichten

GEZ-Befreiung

Ab Juli 2009 tritt eine Vereinbarung in Kraft, nach der es ausreicht, der GEZ (Gebühreneinzugszentrale) eine automatisch vom JobCenter übersandte besondere Bescheinigung einzureichen, um die GEZ-Befreiung zu erhalten.

Kostenlose anwaltliche Beratung

Wenn ein ALG-2-Empfänger gegen einen Bescheid des JobCenters klagen will, so dürfe man nicht an das selbige verwiesen werden. Bereits im Widerspruchsverfahren steht dem Betroffenen eine kostenlose Beratung durch einen Anwalt zu, so urteilte jetzt das Bundesverfassungsgericht (Az.: 1 BvR 1517/08).

Wörtlich heißt es in dem Urteil: *„Entgegen dem Beschluss des Amtsgerichts kann es der Beschwerdeführerin nicht zugemutet werden, den Rat derselben Behörde in Anspruch zu nehmen, deren Entscheidung sie im Widerspruchsverfahren angreifen will. Auch bei einer organisatorisch getrennten und mit anderem Personal ausgestatteten Widerspruchsstelle entscheidet dann dieselbe Ausgangs- und Widerspruchsbehörde über die Leistungen der Beschwerdeführerin. Es besteht die abstrakte Gefahr von Interessenskonflikten, die die beratungsbedürftige Beschwerdeführerin selbst nicht durchschauen kann.“*

www.gegen-hartz.de

AK ELViS
Rote Insel, Feurigstr. 67-68

Hilfe und Beratung zu ALG-2 und Sozialgeld

Jeden 1. &. 3. Di, 17-19 Uhr: Beratung mit Rechtsanwalt Holger Lange

Jeden 2., 4. & 5.. Di, 17-19 Uhr: Beratung mit Bernd Michael Büttner

Jeden Do., 10-12 Uhr, Team

Erwerbslosenfrühstück

Jeden 2. & 4. Do., 10-12 Uhr

JobCenter-Aktionen

in der Wolframstrasse 89-92
Jeden 1. & 3. Di., 10-11 Uhr sowie donnerstags 17-18.30 Uhr (Termine bitte erfragen)

■ Wieder alles nur Einzelfälle?

Nur eine Stunde warmes Wasser

Gerade einmal eine Stunde warmes Wasser sollten einer ALG-2-Bezieherin zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollte sie die Heizung nur 1,5 Stunden am Tag anstellen.

Die Frau beheizt ihre Wohnung und das Warmwasser mit Gas, das sie aus externen Gasflaschen bezieht. Das örtliche JobCenter Kaiserslautern hatte nur Gasflaschen bewilligt, die obenstehende Stunden abdeckten und mehr nicht.

Die Betroffene wehrte sich vor dem Sozialgericht Speyer (Az: S 6 AS 44/09). Das Sozialgericht verurteilte das JobCenter, *„nach Vorlage der Jahresverbrauchsabrechnung ... über die tatsächlichen strombezogenen Heizkosten zuzüglich einer weiteren Kostenübernahme (Nachzahlung) zu entscheiden ... und die Kosten für die Bevorratung mit 10 Flaschen Gas inklusive Anlieferung zu übernehmen.“*

Die Frage stellt sich erneut, warum in vielen Fällen Sachbearbeiter unmenschliche und skandalöse Bescheide ausstellen. In den meisten Fällen ist eine Klage vor dem Sozialgericht unvermeidbar. Mehr als jede zweite Klage wird derzeit zu Gunsten des Klägers entschieden.

. *www.gegen-hartz.de*

Special Force JobCenter THF

Sonderermittler für Sonderprobleme beim Sonderteam des sonderbaren JobCenter Tempelhof

Am 24.6.09 ging ein Schreiben der GASAG ein mit einer Gesamtforderung von 222€ und einem Termin für die Einstellung der Gasversorgung!

Bis zum 22.6.09 ist vom JobCenter Tempelhof-Schöneberg weder die Miete für Mai 2009 noch Juni 2009 beim Trägerverein eingegangen. Zwei komplette Mieten Rückstand!

Verwunderlich?: Bis heute ist kein neuer Leistungsbescheid Juli–Dez 2009 vorhanden. Der Antrag wurde im Mai gestellt.

Rekordverdächtig ist Folgendes: Sechs Fehler bei einem klaren Vorgang, und das jeden Monat seit Februar 2009 trotz diverser Schreiben, Mails, Faxen und Telefonanrufen. Diese aktuelle Meldungen zwingen zum Handeln durch einen Rechtsanwalt.

Gegen so viel Dummheit/Arroganz oder was auch immer scheint kaum Kraut gewachsen zu sein. Und ich vermute, daß auch die Keule nicht hilft.

Eigentlich sollte die traurige Fortsetzung des letzten Lupe- Artikels „Schilda in der Wolframstraße“ später mit einer detaillierten Aufzählung der Fehler seit 2007 folgen.

Ein Gericht wird jetzt aber im Eilverfahren versuchen müssen, die Einstellung der Gasversorgung zu verhindern, da das JobCenter verpflichtet war, die Gasabschläge an die GASAG zu zahlen.

Auch die durch Verschulden des JobCenters angefallenen Zusatzkosten sind zu begleichen.

Was die Zahlung der Miete angeht wird auch ein Gericht die Rechtswidrigkeit des Handelns des JobCenters feststellen und eine ordnungsgemäße Verfahrensweise anordnen.

Daß eine sinnvolle Zusammenarbeit mit dem Team 613/623 nicht mehr möglich ist, wird durch einen Befangenheitsantrag klar gestellt.

Man sollte die Mitarbeiter zwangsverpflichten, quasi als Bewährungsauflage, an einer Hartz-IV-Schulung bei Bernd Michael Büttner oder Harald Thome teilzunehmen.

Als Vortraining kämen folgende Übungen in Frage:

■ Lesen von einfachen Gesetzestexten und inhaltliche Wiedergabe in schriftlicher Form.

■ Ferner Addition und Subtraktion üben. Aber im Sinne der Gesetze!

■ Ein Benimmkurs zum Umgang mit Menschen (hier: Kunden) sollte auch nicht fehlen.

Wie sagte doch ein bekannter Politiker aus dem Süden der Republik: Pacta sunt servanda!

Das muß natürlich auch für Frau Dr. Klotz (Sozialstadträtin, B90/Die Grünen), Frau Wagener (Chefin des JobCenter) und die Mitarbeiter des JobCenters Tempelhof-Schöneberg gelten. Oder? *Josef Moß*

Urteile

Anrechnung unverheirater Partner

Die Anrechnung des Einkommens eines unverheiraten Partners bei Hartz IV ist dann unzulässig, wenn der gegenseitige Einstandswille nicht vorhanden ist.

Dieser Einstandswille des Betroffenen ist die Voraussetzung, das aus einem Zusammenleben zweier nicht miteinander verwandten oder verheirateten Personen eine eheähnliche Gemeinschaft wird, die eine Anrechnung des Einkommens des einen Partners bei Bedürftigkeit des anderen Partners zulässt.

Obwohl schon der § 7 SGB II das klar zum Ausdruck bringt, handeln hier die meisten JobCenter rechtswidrig.

Mit Urteil (Az L 19 AS 70/08) stellte das Landessozialgericht den Sachverhalt klar.

Abwrackprämie steht uns zu

Bislang war es Auffassung der Bundesregierung, dass die sogenannte Abwrackprämie den ALG-2-Empfängern nicht zustehe und die Prämie auf das ALG-2 anzurechnen sei. Nun erschied erneut ein Sozialgericht, dass die Abwrackprämie eine „zweckbestimmte“ Einnahme ist und daher nicht angerechnet werden darf. Die Abwrackprämie dürfe ausschließlich für den Kauf eines Autos verwendet werden und nicht für den eigenen Unterhalt. (Sozialgericht Magdeburg, Az: S 16 AS 907/07 ER)

Entfernung kein Ablehnungsgrund

ALG-2-Empfänger dürfen einen Arbeitsplatz nicht allein wegen mangelnder Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmittel ablehnen. Das Bayerische Landessozialgericht (Az: L 11 B 994/08 AS PKH) urteilte: Die Behörde darf den Regelsatz um 30% kürzen, denn die Erreichbarkeit ist kein wichtiger Grund. Gegebenenfalls müsse sogar ein Umzug in Kauf genommen werden, um den Job anzunehmen.

JobCenter muss gemeinsames Haushalten nachweisen

Das Bundessozialgericht (Az: B 14 AS 6/08R) hat entschieden, dass Hartz-IV-Bezieher nicht von vornherein eine Kürzung hinnehmen müssen, wenn sie mit einem erwachsenen Verwandten in einem Haus leben. Vielmehr muss das JobCenter nachweisen, dass es sich tatsächlich um eine „Haushaltsgemeinschaft“ handelt.

www.gegen-hartz.de

Lupe09-07-6.indd 10 06.07.2009 08:04:45

Lourdes - Altötting - Tschenstochau

Wunderheilung in Tempelhof

Arbeitslos und krank? Das sollte in Deutschland doch kein Problem sein. Oder? Dumm nur, wenn jemandem das jemandemim JobCenter Tempelhof- Schöneberg passiert.

Die Dienstherrin, die Ärztin Frau Dr. Sybill Klotz (Bündnis90/Die Grünen) als Stadträtin für Soziales und JobCenter, sollte da doch eigentlich ein wachsames Auge haben. Aber der Reihe nach.

Der Arbeitslose Max (Name der Redaktion bekannt) wird krank, schwer krank. (Die Lupe Dez. 2007/Jan. 2008 berichtete darüber)

Eine Autoimmunerkrankung wirft ihn fast aus der Bahn. Nach einem Medizinischen Gutachten der Krankenkasse (bis auf Weiteres nicht arbeitsfähig) und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen fast durchgehend bis zum heutigen Tag nimmt das Drama in Form des JobCenters Tempelhof-Schönberg seinen Lauf.

Dr. Ivan Dontschev fertigt im August 2008 im Auftrag des JobCenters Tempelhof-Schönberg aufgrund von erheblicher Verschlechterung des Gesundheitszustandes ein neues medizinisches Gutachten an. Auf Wunsch des Hartz-IV-Empfängers wird das nach Aktenlage erstellt. Kosten, Lauferei, Bürokratie und Stress wollte er sich und anderen ersparen.

Ohne auch nur einen Kollegen gefragt zu haben, wird im stillen Kämmerlein wie durch ein Wunder aus einem Kranken ein (simulierender) voll Arbeitsfähiger.

Fachärzte, die die hinzugezogenen Diagnosen erstellt haben, werden zu Stümpern bzw. zu Lügnern degradiert.

Sowohl im Virchow- Klinikum als auch kurze Zeit später im Auguste-Victoria-Klinikum wird durch Koronarangiographien ein Herzinfarkt diagnostiziert. Dr. Dontschev, Facharzt für Chirurgie, verneint die Diagnosen. Dr. Dontschev stellt Übergewicht fest, kennt aber nur die Körpergröße und hat den Patienten noch nie gesehen. Der Arbeitslose hat nach Angaben des Hausarztes im Juni des Jahres 85 kg bei 187 cm Görpergröße gewogen. Wahrlich nicht übergewichtig!

Vielleicht hat der Arzt schon eine andere kostengünstigere Lösung im Kopf: Alle Medikamente weglassen und den Patienten dahinsiechen lassen. Eine Supersparmöglichkeit für das Gesundheitssystem. Aber halt: Dr. Dontschev empfiehlt dringend teure Depressionsstrümpfe. Der Patient trägt die seit 2004!

In der sozialmedizinischen Beurteilung kommt Dr. Dontschev zu dem Schluß, der Patient könne vollschichtig zum Beispiel als Pförtner arbeiten. Und das nach mehreren Thrombosen und mit kompressiven Antithrombosestrümpfen.

Das ist fast so makaber wie der ernsthaft gemeinte Rat aus dem Sozialamt, als ehemaliger Kraftfahrer doch so schnell wie möglich den Taxi-Schein zu machen, um zwölf und mehr Stunden verkrampft im Auto zu sitzen.

Schmerzen kann der (simulierende?) Patient nicht haben. Eine kurz vorher stattgefundene Operation durch seine Kollegen muß ohne Komplikationen verlaufen sein.

DM Ivan Dontschev
Jeder Patient ist für uns keine Diagnose, keine Nummer, sondern ein Mensch, der sich in seiner Haut nicht wohlfühlt. Wir freuen uns auf Sie und auf eine gute Zusammenarbeit, weil wir Partner sind.
www. chirurgie-dontschev.de/WirStellenUnsVor.htm

Ferndiagnose oder grenzenloses Vertrauen in die Kunst der anderen Weißen Götter?

Das Wort Ferndiagnose scheint hier eine ganz neue Bedeutung zu bekommen: Hat Dr. Dontschev etwa statt in die Papiere in die Sterne geschaut? Ein Sterngucker?

Sollte jemand in der verehrten Leserschaft einen vernünftigen medizinischen Gutachter suchen, so wird das JobCenter Tempelhof- Schöneberg oder aber die Redaktion sicher die Adresse der Praxis in Berlin benennen.

Frau Dr. Klotz ist als nächste Gutachterin, auch nach Aktenlage, herzlichst eingeladen.

Hatte nicht der Bundesarbeitslosigkeitsminister schon im letzten Jahr angemerkt, man möge sich doch die „Krankschreibungen“ etwas genauer ansehen?

Auf einer Gesundheitsveranstaltung im Dezember 2008 im Rathaus Schöneberg sagte ein Gesundheitspolitiker aus NRW, die Bundesärztekammer würde über die Kassenärztliche Vereinigung ihren Ärzten raten, Hartz-IV-Empfängern erst dann eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung auszustellen, wenn sie weniger als drei Stunden pro Tag arbeiten könnten.

Hat das JobCenter Tempelhof-Schöneberg diese Weisung dahingehend verstanden, möglichst viele Kranke per Wunderheilung dem Ein-Euro-Job-Arbeitsmarkt per Zwang zuzuführen?

Dem Autor ist noch mindestens ein weiterer Fall bekannt.

Mich persönlich erinnert das Ganze auch an meine Musterung: Da ich Wehr- und Zivildienst abgelehnt hatte , wurde ich per „Inaugenscheinnahme“ zwangsgemustert.

Übrigens: Gegen diese Art von Gutachten vorzugehen, gibt es keine rechtliche Möglichkeit, da es sich nicht um einen Verwaltungsakt handelt. Und es handelt sich auch nicht um einen Einzelfall, wie Frau Dr. Klotz so gerne zu sagen pflegt.

Dazu passt auch die jetzige Welle von Kürzungen für chronisch Kranke, die eine kostenaufwändigere Ernährung brauchen. Durch ein Gutachten eines deutschen Vereins werden seit November 2008 fast allen Kranken die Mehrbedarfe gestrichen. Krank ist nur, wer akutes Leber- oder Nierenversagen hat oder den Kopf schon unter dem Arm trägt.

Das Sparen auf dem Rücken der Schwächsten, hier der chronisch Kranken, geht munter weiter Die Unterstützung der „Gesundheitsreformen“ läuft wie geschmiert weiter. Den Göttern – in Weiß – sei's gedankt.

Josef Moß

SAMSTAG
5.
SEPTEMBER
12-20 UHR

NACHBARSCHAFTSFEST IM KULMER KIEZ

Mit viel Musik, Schwoof und Unterhaltung

Diskussionen mit den Berliner Bundestagskandidaten
Petra Pau und Figen Izgin sowie
dem Bezirksverordneten Harald Gindra

Kiezinitiativen stellen sich vor!

Hartz-IV-Meldungen

Internet für Alle?

Auf Vorschlag von Betroffenen hat unser Bezirksverordneter gemeinsam mit dem Bezirksverordneten Nitschke den Antrag eingereicht, das Bezirksamt möge den Hartz-IV-Empfängern den kostenlosen Internetzugang in den bezirklichen Bibliotheken ermöglichen.

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales und JobCenter der BVV beraten und beschlossen. Das Bezirksamt wurde „tätig“. Das Ergebnis wurde auf der Sitzung der BVV im Juni präsentiert.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Das Bezirksamt sieht keine Möglichkeit, den Erfordernissen der Betroffenen zu entsprechen, da der kostenlose Internetzugang zu „erhöhtem bürokratischem Aufwand“ führen würde und auch eine Diskriminierung darstellen würde. Nicht zu verachten wären auch die Einnahmeausfälle für den Bezirkshaushalt. Interessant dabei ist natürlich, daß es in Berlin Bibliotheken gibt, in denen dies bereits möglich ist.

Aber bekanntlich ist dem Bezirksamt in Fragen Hartz IV jeder Weg und damit auch Lösungswille abhanden gekommen – So zu besichtigen bei der Behandlung der Bürger bei der Ausgabe des Berlin-Passes.

Selbsthilfe muß groß geschrieben werden

Die Nutzung des Internets durch Hartz-IV-Empfänger erfolgt auch weiterhin in „separaten“ Einrichtungen, die dem Bezirksamt „natürlich“ nicht bekannt sind. (Genauso, wie dem Bezirksamt nicht bekannt ist, daß es im Bezirk Suppenküchen gibt! – siehe Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 257 unseres Bezirksverordneten)

Hier Adressen von der „Computeria“, wo Bedürftige kostenlos unter Anleitung Computer nutzen können (einschließlich Internet): Kolonnenstr. 46 (Telefon 36 41 19 75)/Rathaus Charlottenburg/Rathaus Wilmersdorf/Danckelmannstr. 41.

Öffnungszeiten sind montags bis freitags von 9 bis 20 Uhr. Die Bedürftigkeit wird geprüft!

Dagmar Krebs

Lupe09-07-6.indd 11 06.07.2009 08:04:45

Rote Insel

DIE LINKE. vor Ort

Bezirksgeschäftsstelle

10827 Berlin, Feurigstr. 67/68

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11-18 Uhr
Fr: 11-15 Uhr

Telefon: 21997140/7512011

Fax: 2172926

EMail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Internet: www.die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine

Soweit nicht anders angegeben in der Roten Insel, Feurigstr. 67/68

BO Arbeit & Soziales
Jeden letzten Montag, 19 Uhr

BO Olivenbaum
Jeden 1. Montag, 19 Uhr, Rathaus Schöneberg, R. xxxx

BO Schöneberg
Jeden 2. Montag, 19 Uhr

Treffen BO Tempelhof
Donnerstag, 23. Juli, 19 Uhr, Vereinseck, Fr.-Wilhelm-Str.

Bezirksvorstand
Bitte telefonisch erfragen

Offene Lupe-Redaktion
Bitte telefonisch erfragen

AK Flüchtlings- und Migrationspolitik
Jeden 2. Dienstag, 19 Uhr

Inselgespräche
Jeden 1. Samstag, 15 Uhr

IG Nahverkehr
Jeden 2. Mittwoch, 17 Uhr

Unsere Direktkandidatin

Figen Izgin

Telefon: 0151-11635612

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg
Bankverbindung: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg, Konto: 43 84 81 68 06, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00
Erscheinungsweise: 10mal jährlich
Auflage: 2000 Exemplare
Chefredakteur (V.i.S.d.P.): Carsten Schulz
Layout: Bernd Michael Büttner
Druck: Bunter Hund
Redaktionsschluss: 05.07.2009

Figen Izgin

Ich bin eine Berlinerin mit türkischen Wurzeln. Ich lebe seit 1979 in Berlin. Und ich habe zwei Kinder im Alter von 19 und 22 Jahren. Die ersten politischen Erfahrungen konnte ich als Vertrauensfrau, Mitglied der Vertrauenskörperleitung und als Betriebsrätin in der Metallindustrie sammeln. Später habe ich auf dem zweiten Bildungsweg die Ausbildung zur Erzieherin und mein Studium als Diplomsozialpädagogin absolviert. Eine langjährige Tätigkeit im sozialen Bereich schloss sich an.

Als alleinerziehende Mutter zweier Kinder und als Frau, die sich ihren Bildungs- und Berufsweg hart erkämpfen musste, weiß ich aus eigener Erfahrung, was es heißt, wenn kein Geld für Bildungseinrichtungen da ist, wenn soziale Infrastruktur abgebaut wird, wenn EmpfängerInnen von Sozialtransfers gegängelt und kontrolliert werden. Bei meiner Arbeit in Verbänden und Vereinen begegnen mir diese Probleme jeden Tag. Deshalb trete ich umso entschlossener gegen die Entsolidarisierung und gegen repressive Leistungsgesetze.

In einem reichen Land wie Deutschland wächst Armut stetig, insbesondere Kinderarmut und Ungleichheit. Mittlerweile leben rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche von Hartz IV. Mit anderen Worten, sie leben in Armut. Auch wenn in Deutschland niemand verhungern muss, wissen wir, dass Armut viele Gesichter hat. Wer weinig Geld hat, um zu leben, hat weniger Zugang zur Bildung und Kultur, ist weniger gesund und weniger mobil. Und dieser Zustand ist allein die Folge der unsozialen Politik der letzten Jahre. Der Staat hat sich unter den Schlagworten „Schlanker Staat“ und „aktivierender Sozialstaat“ zu weiten Teilen aus seiner Verantwortung zurückgezogen. Und immer mehr Menschen in finanzieller Not werden von den erdrückenden Leistungsgesetzen und verschärften Kontrollmechanismen drangsaliert. Ihre Kinder werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Es wird eine Gesellschaft der Konkurrenz, der Angst und der sozialen Kälte geschaffen. Die Gesellschaft wird in Ossis und Wessis, in Deutsche und Ausländer oder in Jung und Alt gespalten.

Wer für sich, für unsere Gesellschaft eine friedliche und soziale Entwicklung wünscht und langfristig Arbeitslosigkeit und damit Armut bekämpfen möchte, muss heute in Kinder und Jugendliche, unabhängig der kulturellen Herkunft, investieren: denn Bildung ist die beste Prävention. Nur durch sie können viele Menschen in Arbeit gebracht werden. Kinder und Jugendliche aus Familien, in denen finanzielle Not herrscht, sind auf einen starken öffentlichen Sektor angewiesen: auf ein gutes öffentliches Bildungswesen und ein stabiles, solidarisches, sozialstaatliches Netz. Wir haben aber in Deutschland ein Schul- und Bildungssystem, welches Kinder aus sozial benachteiligten Familien aussortiert. Statt des mehrgliedrigen Schulsystems brauchen wir eine Schule für alle Kinder, in der alle gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Außerdem brauchen Schulen mehr Fachpersonal. Es ist die Aufgabe der Politik, jedes Kind mitzunehmen. Denn Bildung ist ein Menschenrecht. Die Chance auf eine gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele neoliberale Gewissheiten erschüttert. Plötzlich ist wieder vom starken Staat die Rede. Aber wen wird dieser Staat schützen? Die Menschen vor Arbeitslosigkeit und Armut oder doch eher die Banken und Konzerne? In der gegenwärtigen Krise wird die soziale Schieflage in unserem Land noch zunehmen. Und mit ihr wird die Armut weiter ansteigen. Bereits heute leben rund sieben Mio. Menschen von Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe. Bedenkt man die steigenden Kosten, so wird deutlich, dass Menschen unter größeren Einschränkungen leben müssen.

Von Armut sind in Deutschland nicht nur Erwerbslose betroffen. Hunderttausende leben in Armut obwohl sie arbeiten gehen. Der Niedriglohnsektor weitet sich seit Jahren immer stärker aus: Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten unter allen Arbeitnehmern ist zwischen den Jahren 1995 und 2006 um 7,2 Prozent gestiegen. Wir brauchen Existenz sichernde Arbeitsplätze. Ein flächendeckender Mindestlohn, wie er in vielen Ländern Europas bereits existiert, muss endlich auch in Deutschland eingeführt werden. Der Profit darf nicht länger über die Interessen der Menschen gestellt werden.

Menschen nichtdeutscher Herkunftssprache sind ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. Sie werden aber ungleich behandelt. Die MigrantInnen müssen gegen viele Gesetze kämpfen, die ihr Leben in Deutschland erschweren. Wir brauchen einen Integrationsprozess in Deutschland, der mit kultureller Anerkennung, politischer Mitbestimmung und mehr sozialer Gerechtigkeit einhergeht. Familien nichtdeutscher Herkunft brauchen für die erfolgreiche Integration eine langfristige Perspektive. Folgen der bisherigen Integrationspolitik der Bundesregierungen sind für die Gesamtgesellschaft gravierender, als es auf den ersten Augenblick scheinen mag. Trotz „Integrationsgipfeln“ und zahlreichen anderen scheinheiligen Maßnahmen der Bundesregierung werden Zuwanderer in Deutschland extrem benachteiligt. Ihr Risiko, arbeitslos zu werden, ist sehr hoch. Ihre Kinder sind im deutschen Schulsystem weiterhin sehr schlecht gestellt. Und viele von ihnen haben keine Berufsausbildung. Das liegt laut der OECD nicht nur an Sprachschwierigkeiten und mangelnder Berufsausbildung, sondern auch an versteckter Diskriminierung. Nicht umsonst ist Deutschland ins Visier der UN Menschenrechtskommission geraten.

„Je stärker die Linke, desto sozialer das Land!“

DIE LINKE hat den Abbau des Sozialstaats und repressive Leistungsgesetze – allem voran Hartz IV – immer abgelehnt. Die Bundestagswahl am 27. September, die mitten in der schwersten globalen Wirtschaftskrise seit 80 Jahren stattfindet, bietet die Chance, die Politik in der Bundesrepublik Deutschland zu verändern.

Figen Izgin

Lupe09-07-6.indd 12 06.07.2009 08:04:46